Inwieweit sind die Konsumvereine politisch neutral?

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

Vorgelegt von

WILHELM EBERIUS

aus Hettstedt (Südharz)

Referent Prof. Dr. GRÜNFELD

AUSZUG

1924

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Im politischen und wirtschaftlichen Leben erscheint die Stellungnahme der Genossenschaftsbewegung zur Politik und zu den politischen Parteien vielfach ungeklärt. Wird sie doch sogar häufig aus taktischen Gründen bewußt in ein falsches Licht gerückt. Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, hier eine gewisse Klärung herbeizuführen. Sie beschränkt sich im Wesentlichen auf eine Untersuchung dieses Fragenkomplexes innerhalb der deutschen Genossenschaftsbewegung, und zwar lediglich der Konsumgenossenschaften; in dem letzten Teile wird jedoch auch der Standpunkt des Internationalen Genossenschaftsbundes erörtert.

Im ersten Teil der Arbeit geht der Verfasser kurz auf das Wesen der Konsumvereine ein und beleuchtet ihr Verhältnis zur Politik. Er kommt zu dem Ergebnis, daß genossenschaftliche Solidarität zwecks Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen sich nicht mit dem Kampfe politischer Meinungen vertragen kann. Wer die Konsumgenossenschaften in den Parteistreit, in den Strudel der politischen Streiks, Agitationen, Wahlen und Abstimmungen hineinstürzt, schädigt ihre Entwicklung und verstößt damit gegen die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder. Die Konsumvereinsbewegung sollte daher grundsätzlich jede Politik ausgeschaltet wissen. Bei dem engen Zusammenhang jedoch zwischen Wirtschaft und Politik, der das moderne Leben kennzeichnet, ist es unvermeidlich, daß aus den wirtschaftlichen Bestrebungen der Konsumvereine zugleich eine bestimmte sozialpolitische Tendenz herauswächst. So darf es nicht Wunder nehmen, daß sich politische Parteien veranlaßt sehen, zur Konsumvereinsbewegung in irgend einem Sinne Stellung zu nehmen, und den Konsumvereinen hinwiederum kann es nicht gleichgültig sein, wie sich die politischen Parteien im einzelnen zu ihnen stellen.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem Neutralitätsstandpunkte des Zentralverbandes. Es wird zunächst die Entstehung der Neutralitätsfrage untersucht und die Stellungnahme von Männern wie Marx und Lassalle zum Konsumvereinswesen erörtert. Beide sprechen den Konsumvereinen jedweden sozialpolitischen Charakter ab. Nach Lassalle wird der Arbeiter nicht als Konsument, sondern als Produzent im Wirtschaftskampfe benachteiligt; infolgedessen kommt für ihn eine Einrichtung wie das Konsumvereinswesen, das lediglich nach dem Konsum orientiert ist, nicht als das geeignete Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse in Frage, wohl aber die Produktivgenossenschaft, da hier die Arbeiter zugleich Produzenten seien. Marx dagegen verwirft das Associationswesen

schlechtweg. Nach seiner Auffassung vermag es an dem Kardinalübel der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Besitzer der Arbeitsinstrumente nicht das Geringste zu ändern. An den Ideen dieser Führer hat die Partei als solche lange hindurch festgehalten. Erst in den neunziger Jahren setzt sich allmählich eine andere Auffassung durch. Vorbereitet wird dieser Umschwung auf einer Reihe von Kongressen, so auf dem Berliner Parteitag (1892), dem Parteitag in Hannover (1899) und dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Kopenhagen (1910). Auf dem Parteitag zu Magdeburg (1910) vollends wird das Eintreten für die Konsumvereine geradezu gepredigt und die konsumgenossenschaftliche Tätigkeit als eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse hingestellt.

Nach diesem entwicklungsgeschichtlichen Ueberblick untersucht der Verfasser eingehend, ob und inwieweit die seitens der Partei gegenüber den Konsumvereinen festgelegte Taktik eine Aenderung der Grundsätze des Zentralverbandes zur Folge gehabt hat. Sodann wird die Stellungnahme des Verbandes zu ihm nahestehenden politischen wie wirtschaftlichen Organisationen, als da sind Gewerkschafts- und Betriebsrätebewegung, erörtert und sein Verhältnis zum Mittelstand, zu Parlamenten und Behörden klargelegt.

Teil III behandelt den Neutralitätsstandpunkt des Allgemeinen Verbandes. Befürwortet der Zentralverband eine gewisse Berührung mit den politischen Parteien, — wenn auch nicht auf direktem Wege, so doch durch das Medium seiner Mitglieder — so übt der Allgemeine Verband nahezu vollkommene politische Zurückhaltung, jedenfalls soweit es die Konsumvereine betrifft. Dies geht besonders deutlich aus der Ablehnung, die Konsumvereine in den Dienst der sozialen Frage zu stellen, hervor. Er weist ganz energisch den Gedanken von sich, etwa auf genossenschaftlichem Wege zu einer Art von Gemeinwirtschaft zu gelangen und tritt damit entschieden in Gegensatz zum Zentralverbande, der eine völlige wirtschaftliche Hebung seiner Mitglieder erst dann erhofft, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem — soweit angängig — von innen heraus abgebaut und in ein neues Wirtschaftssystem übergeleitet wird, das im Wesentlichen die Züge der Gemeinwirtschaft trägt.

Ein engeres Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften wird ferner abgelehnt mit der Begründung, daß für die Notwendigkeit der Neutralität gegenüber gewerkschaftlichen Gegensätzen dieselben Gründe wie für die Notwendigkeit der Neutralität gegenüber parteipolitischen Gegensätzen sprächen.

Teil IV befaßt sich mit dem Neutralitätsstandpunkte des Reichsverbandes. Auch er steht auf dem Standpunkte, daß die Konsumvereinsbewegung keine Klassen-, sondern eine Volksbewegung sein muß. Dem Genossenschaftssozialismus gegenüber verhält er sich gleichfalls ablehnend. Im Gegensatz aber zum Allgemeinen Verbande tritt er für eine nachhaltige Warnehmung des Konsumentenstandpunktes gegenüber konsumentenfeindlichen Bestrebungen ein. Jede engere

Fühlungnahme ferner mit gewerkschaftlichen Organisationen, die über ein freundschaftliches Verhältnis hinausgeht, wird abgelehnt.

Im letzten Teile der Arbeit erörtert Verfasser den Neutralitätsstandpunkt des Internationalen Genossenschaftsbundes. In vieler Hinsicht, so in der Frage der parteipolitischen Neutralität, deckt sich die Auffassung des Bundes mit der des Zentralverbandes. Während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit übte der Bund völlige politische Zurückhaltung. Galt es doch das internationale Prinzip der Genossenschaftsbewegung intakt zu halten. Aus diesem Grunde bekämpfte der Bund denn auch alle parteipolitischen Sonderbestrebungen, die namentlich von den kommunistischen Genossenschaften ausgingen.

Im Schluß wird auf die Bedeutung des Neutralitätsprinzips für die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung hingewiesen. An Hand von Betrachtungen von ausländischen Konsumvereinen findet sich auch da der Grundsatz bestätigt, daß eine Konsumgenossenschaftsbewegung besser gedeihen kann, wo sie über den Parteien steht, wo sie alle Parteien in sich vereinigt (so Frankreich, England, Schweiz, Dänemark), als da, wo sie lediglich der Parteifahne folgt (so Belgien und Deutsch-Oesterreich). Dennoch bleibt es ungewiß, ob die Neutralität sich auch weiterhin behaupten wird.